

II-2707 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1415/J

1991-07-09

A n f r a g e

der Abgeordneten Apfelbeck, Gratzer, Peter

an den Bundeskanzler

betreffend Disziplinarverfahren gegen Ingrid PETRIK

Gegen die frühere Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofes, Dr. Ingrid PETRIK, laufen gerichtliche Vorerhebungen wegen des begründeten Verdachts der falschen Zeugenaussage.

Diese Zeugenaussage bezog sich auf ihre amtliche Tätigkeit als Gruppen- und Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Inneres.

Gegenstand der Zeugenaussage waren Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Genehmigung von Waffenexporten durch die Firma "Noricum".

Dienstrechtlche Folgen (zB besoldungsrechtliche Konsequenzen) wären im Fall einer eventuellen strafrechtlichen Verurteilung nur dann möglich, wenn rechtzeitig, innerhalb von sechs Monaten ab Kenntnis des begründeten Verdachtes einer Dienstpflichtverletzung ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird. Diese Kenntnis des begründeten Verdachts wäre spätestens mit der Kenntnis von der Einleitung strafrechtlicher Vorerhebungen anzunehmen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e

- 1) Ist geplant, gegen die Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofes rechtzeitig innerhalb dieser sechsmonatigen Frist ein Disziplinarverfahren einzuleiten, da ansonsten selbst bei einer strafrechtlichen Verurteilung ein voller Pensionsanspruch bestünde ?
- 2) Haben Sie die Frage geklärt, ob dieses Disziplinarverfahren von der nunmehrigen Dienstbehörde, der Dr. Petrik aufgrund ihrer Stellung als Präsidentin des Verwaltungsgerichtshofes angehört, oder vom Bundesministerium für Inneres, dem die inkriminierten Handlungen funktional zugehören, einzuleiten ist ?
- 3) In welcher Weise haben Sie Vorsorge getroffen, daß das öffentliche Interesse an einer unparteilichen und ordnungsgemäßen Handhabung des Disziplinarrechtes gegenüber Dr. Ingrid Petrik gewährleistet ist ?